

einem stetigen und sehr intensiven Austausch sind, um die Energiewende für alle Seiten tragfähig zu gestalten.

Wir werden dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen von den Chancen der Energiewende profitiert, dass Beschäftigung und Industrie in unserem Land erhalten bleiben und dass im Zuge dieser Energiewende neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das gilt in ganz Nordrhein-Westfalen, und das gilt ganz besonders für das Rheinische Revier. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Johannes Remmel)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende der Debatte, die – ich greife der Entscheidung schon vor – im Ausschuss ausführlichst fortgesetzt werden kann, was ihr sicherlich guttut.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/5273 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Dort soll eine Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

12 „Birlikte – Zusammenstehen“: Kölner Gedanken an die Opfer des Nagelbombenanschlags unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5265 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU Frau van Dinther das Wort.

Regina van Dinther (CDU): Birlikte – Zusammenstehen! Nach dem Solinger Brandanschlag hatten wir alle gehofft und erwartet, nie wieder fremdenfeindliche Mordanschläge in unserem Land erleben zu müssen. Leider haben wir – vor allen Dingen die Bürgerinnen und Bürger mit einer Migrationsgeschichte – eine ganze Serie von fremdenfeindlichen Terroranschlägen in ganz Deutschland erleiden müssen.

Noch viel schlimmer: staatliches Versagen, Ermittlungsfehler, Blindheit in Richtung Rechtsextremismus und Opfer, die durch Ermittlungen zu Verdächtigen degradiert wurden – das alles ist ein absoluter

Albtraum. Nun gedenken wir am 9. Juni der Verletzten des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße vor zehn Jahren und aller Opfer der NSU-Verbrechen.

Ich danke sehr herzlich unserer Kollegin Serap Güler, die einen ersten Antrag zu diesem Gedenktag für die CDU-Fraktion formuliert hat. Gern haben wir dem Wunsch entsprochen, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen daraus zu entwickeln. Zusammenstehen sollen und wollen wir auch im politischen Raum gegen alle fremdenfeindlichen Bewegungen und erst recht gegen solche terroristischen Taten.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, der Schock über diese Taten und die sehr späten Ermittlungsergebnisse saß so tief, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein Untersuchungsausschuss 16 Monate lang umfassend und wirklich überparteilich gearbeitet hat. Er hat einen Bericht mit einem ganz umfassenden Bewertungsteil mit etwa 50 Schlussfolgerungen erarbeitet, ihn einstimmig verabschiedet und der Öffentlichkeit präsentiert.

Dieser Untersuchungsausschuss hat die Taten der NSU ausgeleuchtet – quer durch die Republik und unter der Zuständigkeit aller Regierungsfarben – und dabei Ergebnisse ermittelt, die wir alle so nicht erwartet hatten.

Wie erschütternd ist es, wenn der bayerische Innenminister Beckstein auf eine Ermittlungsakte schreibt: „Bitte fremdenfeindliche Hintergründe überprüfen“, weil er den Menschen, der umgebracht wurde, persönlich kannte und er niemals auf die Idee gekommen wäre, dass dieses Opfer mit der Mafia zu tun gehabt hätte oder in Bandenkriege verwickelt gewesen wäre?

Dann hat ein Verwaltungsapparat – wohlgermerkt: in Bayern – diesen Vermerk einfach ignoriert nach dem Motto: Es ist uns egal, wer regiert; wir machen, was wir wollen. – Wie häufig habe ich diese Denkblase als Verhaltensmuster ungeschrieben im Untersuchungsbericht entdecken können!

Wie viele Fehler wurden entdeckt! Wie viele Hinweise wurden unbeachtet gelassen! Wie lange gab es die Berichterstattung über immer dieselbe Waffe, die zum Einsatz kam? Immer wieder waren Menschen mit Migrationsgeschichte die Opfer.

So war es auch in Köln, in unserem Bundesland. Am 9. Juni 2004 detonierte in der Kölner Keupstraße, die als Zentrum des türkischen Geschäftslebens bekannt ist, eine ferngezündete Nagelbombe. Schon sieben Jahre später konnte dieser Anschlag, bei dem 22 Menschen teilweise schwer verletzt wurden, den Verbrechern der NSU zugeordnet werden.

(Zuruf von den PIRATEN: Schon?)

Zu den Fehlern in unserem Land: Obwohl 2005 Übereinstimmungen mit dem Nürnberger Mord festgestellt wurden, passierte nichts. Zwei Polizisten, die unmittelbar in der Nähe Streifendienst hatten, wurden im Jahr 2013 verhört. Ein Zeuge, der die Täter gesehen hatte, wurde überhaupt nicht gehört. Videoaufzeichnungen, auf denen die Täter im weiteren Verlauf aufgezeichnet und erkennbar waren, wurden vom Anwalt der Nebenklage präsentiert. Man hatte sich die Mühe der Gesamtauswertung dieser Aufnahmen gespart. Die beiden Innenminister Schily und Behrens traten einen Tag nach dem Anschlag vor die Kameras und bestritten einen terroristischen Hintergrund.

Heute wollen wir gar nicht alles aufrollen. Die Konsequenzen werden hoffentlich überzeugend gezogen werden.

Heute wollen wir uns denen zur Seite stellen, die mit Courage und Einsatz an diese Taten erinnern und die Bevölkerung auffordern, nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Das wollen wir gern unterstützen und stehen gemeinsam gegen jegliche Fremdenfeindlichkeit.

Norbert Lammert, der Präsident des Deutschen Bundestages, hat es passend formuliert. Ich möchte ihn zum Ende meiner Rede zitieren:

„Die Demokratie in Deutschland erscheint uns heute allzu oft als schiere Selbstverständlichkeit. Sie ist es nicht – ebenso wenig wie Zivilcourage. Und auch Toleranz lässt sich leichter einfordern als leben. Was die Substanz eines lebendigen demokratischen Gemeinwesens aber auszeichnet, ist die Unantastbarkeit der Überzeugung, dass Minderheiten eigene Rechtsansprüche haben, über die Mehrheiten nicht verfügen können. Dieser deutsche Staat, das ist die Botschaft des Untersuchungsausschusses über seinen Abschlussbericht hinaus, hält unverrückbar und unwiderruflich an diesen Prinzipien und Orientierungen fest, die nicht immer selbstverständlich, in der Demokratie aber unverzichtbar sind.“

Danach lassen Sie uns auch hier in Nordrhein-Westfalen handeln. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau van Dinther. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Hack das Wort.

Ingrid Hack (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Meine Vorrednerin hat es bereits erwähnt: Am diesjährigen Pfingstmontag liegt das Verbrechen in Köln-Mülheim, das wir als „Nagelbombenanschlag“ bezeichnen, zehn Jahre zurück. In der Keupstraße wurden 22 Menschen Opfer die-

ser, wie wir erst Jahre später erfuhren, Tat rechtsextremer Terroristen. Die weiteren grässlichen, menschenverachtenden Mordtaten dieser terroristischen Vereinigung sind inzwischen bekannt. Seit Längerem findet in München der Prozess gegen eine Angeklagte des NSU statt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es wurden, wie wir auch inzwischen wissen, nicht nur 22 Menschen körperlich verletzt. Sie wurden – das haben Sie auch dankenswerterweise erwähnt, Frau Kollegin – im Zuge der Ermittlungen zu Tatverdächtigen gemacht. Ihre Familien, ihr gesamtes Umfeld wurde so von deutschen Ermittlungsbehörden verletzt. Und wir alle mussten – ich will das deutlich sagen – erschüttert – wirklich erschüttert – zur Kenntnis nehmen, dass Polizei und Justiz schwere Fehler begangen haben. Das gilt für die gesamte Serie dieser NSU-Taten.

Mit der Aufarbeitung der Gründe für dieses Fehlverhalten staatlicher Institutionen wurde begonnen. Aus meiner Sicht ist dies nicht abgeschlossen und zudem immerwährende Aufgabe. Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, sie alle müssen ebenso wie wir, die gesamte Gesellschaft, menschenfeindliches, rassistisches und rechtsextremes Denken und Handeln erkennen und bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erschüttert, empört und fassungslos mussten wir alle im August 1992 die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Rostock miterleben. Diese und andere Verbrechen sowie rassistisch motivierte Übergriffe im gerade wiedervereinigten Deutschland waren seinerzeit die Geburtsstunde der Initiative „Arsch huh, Zäng ussenander!“ in Köln, einem Zusammenschluss von Musikerinnen, Sängern, politisch aktiven Künstlerinnen, die am 9. November 1992 in einem heute noch bewundernswerten Kraftakt 100.000 Menschen zu einem längst legendären Konzert gegen Rechts zusammenbrachten.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Sie alle bekamen, wie wir in meiner Heimatstadt sagen, den Arsch huh und die Zäng ussenander, so wie es aktuell immer noch ist und immer wieder notwendig ist. Die Akteure sind teils andere, teils sind es die von vor 20 Jahren. Und immer noch bzw. wieder ist diese Initiative aktiv und plant ein großes Gedenkkonzert am 9. Juni dieses Jahres in Köln. Dafür und für die vielfältigen Aktivitäten, die nicht nur an Jahrestagen und ohne große Öffentlichkeit passieren, von dieser Stelle aus – ich denke, ich spreche im Namen aller – vielen, vielen Dank!

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vergangenen Jahre zeigen leider, dass der Kampf gegen Rechts und der Kampf für unser tolerantes und demokratisches Land nicht zu Ende sind. Die vergangenen

Jahre zeigen aber auch, dass es immer Kräfte gegeben hat, die diesen Kampf gegen Rechts führen, die die Zäng ussenander bekommen, also Worte und Taten gegen Rassisten haben. Und so muss das würdige Gedenken an die zahlreichen Geschädigten in der Keupstraße verbunden sein mit der Verpflichtung, unermüdlich für unsere vielfältige Gesellschaft, für unser solidarisches und wertschätzendes Miteinander einzutreten, unabhängig von der Herkunft des und der Einzelnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße sehr, dass alle Fraktionen im Landtag diesen Antrag mit den dort getroffenen Feststellungen gemeinsam beschließen werden, wovon ich zurzeit ausgehe. Ich begrüße im Namen meiner Fraktion auch ausdrücklich, dass unser gesamtes Parlament diese Unterstützung für die wieder tätige Künstlerinitiative ausspricht und damit ein Zeichen setzt für die große demokratische Mehrheit in unserem Land, auf die wir stolz sein können und für die wir arbeiten müssen, und dass wir ein Zeichen setzen für die Bürgerinnen und Bürger, die sich für diese Werte engagieren. In diesem Sinne freue ich mich auf die Ausschussberatungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Frau Hack. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte auch ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen sehr herzlich bedanken, dass sie in kürzester Zeit einen gemeinsamen Antrag formuliert haben. Das ist ein Signal nach außen, dass alle demokratischen Parteien geschlossen gegen jegliche Form von menschenfeindlichen Bestrebungen vorgehen, und gleichzeitig ein Signal nach innen, dass man sich verpflichtet, bei der politischen Arbeit klare Positionen zu beziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kolleginnen haben dargestellt, was am 9. Juni 2004 passiert ist. Ich möchte meine Rede etwas kürzer fassen, weil nicht genügend Redezeit zur Verfügung steht.

Die Ermittlungen nach dem Attentat richteten sich tatsächlich in aller Konsequenz gegen die betroffenen Menschen in und um die Keupstraße herum.

Die Sicherheitsbehörden vermuteten innertürkische Konflikte. Aus Opfern wurden Täter gemacht. Aufgrund der erdrückenden Kriminalisierung seitens Politik, Polizei, Sicherheitsbehörden, Medien und der breiten Öffentlichkeit waren die Betroffenen kaum in der Lage, ihre schweren gesundheitlichen und seelischen Belastungen aufzuarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen meiner jahrelangen Tätigkeit als Psychotherapeut habe ich mit den Betroffenen ziemlich lange zusammengearbeitet. Mit Ihrer Erlaubnis würde ich Ihnen gerne exemplarisch die Erlebnisse eines Betroffenen schildern. Hinter der Zahl 22 verstecken sich nämlich Menschenschicksale.

Ein Patient erklärte mir in der Behandlung, dass er seit vier Jahren unruhig schlafe, extrem schreckhaft und aggressiv geworden sei, bei jedem Knall alles wie ein Film vor seinen Augen ablaufe, sein Grundvertrauen in Deutschland, die Politik und die Sicherheitsbehörden verloren habe, dass dieses nachhaltig zerstört sei.

Weiterhin erklärte er, dass die ständigen Verdächtigungen durch die Ermittlungsbehörden schlimmer waren als die Detonation der Nagelbombe selbst. Er fühlte sich nicht mehr wohl in seiner Haut und vermied jeglichen Kontakt mit der Außenwelt. Um den fragenden Blicken der Umwelt zu entkommen, vermied er es, seine Wohnung zu verlassen.

Die Betroffenen haben die Vorstellung, dass alle Menschen sie verdächtigen; jeder Blick und jede Miene wird hinterfragt und negativ auf sich selbst bezogen. Das belastet und quält die Seele der Menschen. Die Wunden sind leider immer noch nicht verheilt.

Nach sieben Jahren wurde zufällig entdeckt, dass dieser heimtückische Anschlag der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU zugeordnet werden konnte.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang haben wir uns 2011 in der Landesregierung natürlich Gedanken gemacht und sehr viele Maßnahmen ergriffen. Herr Minister Schneider wird darauf wahrscheinlich noch eingehen.

Mit der aktiven Arbeit der Landesregierung allein ist es allerdings nicht getan. Auch die Bundesebene muss in enger Abstimmung mit den Ländern strukturelle Veränderungen herbeiführen, die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden interkulturell öffnen und die interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ständige Fort- und Weiterbildung in den Einrichtungen verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Stadtrat in Köln hat am 11. Februar 2014 auf Antrag des Integrationsrates hin entschieden, an einer prominenten Stelle in Köln ein Mahnmal zu errichten. Dieses Mahnmal soll nicht nur den Opfern des Anschlages in der Keupstraße, sondern auch denen des Anschlages in der Probsteigasse im Jahr 2001 gewidmet werden. Das Vorgehen soll gemeinsam mit den Betroffenen, ihren Angehörigen sowie mit der Interessengemeinschaft Keupstraße abgestimmt werden. Dafür setzen sich sehr viele gesellschaftliche Gruppen wie EL-DE-Haus, DGB oder die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenar-

beit e. V. seit Jahren ein. Die Errichtung eines Mahnmals begrüßen wir sehr.

Am 9. Juni, dem zehnten Jahrestag des Anschlags, wird nach dem Motto „Arsch huh, Zäng ussenander“ mit allen Beteiligten eine große Solidaritätsfestveranstaltung stattfinden, zu deren aktiver Beteiligung ich Sie aufrufe.

Außerdem haben wir im Integrationsausschuss gemeinsam beschlossen, dass wir am 9. Juni eine auswärtige Sitzung vor Ort durchführen, zu der auch die IG Keupstraße eingeladen wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, konsequent gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorzugehen. Wir sind uns alle einig, dass so etwas in Deutschland nie wieder passieren darf. Lassen Sie uns dem Hass keine Chance geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Anschlag sowie die neun Morde, die aktuell vor dem Oberlandesgericht in München untersucht werden, gehören zu der bislang schwerwiegendsten Kette von rechtsextremistisch motivierten Gewaltverbrechen, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat.

Mit dem Gedenken an diesen Anschlag in Köln setzen wir ein wichtiges Signal gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungen in unserer Gesellschaft. Deshalb begrüßen wir als FDP-Fraktion – und vor allem ich als Kölnerin – ganz besonders das Engagement der Kölner Initiativen für ein Gedenken an die Opfer des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße.

Neben der Würdigung und Unterstützung der Initiativen sind jedoch auch weitere Aspekte von besonderer Bedeutung, zum Beispiel der Verlust des Vertrauens in die Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden, das dringend wieder hergestellt werden muss.

Die im Laufe der Zeit zutage getretenen Fehler der Behörden sind – das wurde schon mehrfach erwähnt – erschütternd. Wir fragen uns alle: Wie konnte es möglich sein, dass die rechtsextremen Terroristen 13 Jahre im Untergrund unbehelligt leben und morden konnten?

Die Sicherheitsbehörden müssen sich in unseren Augen dringenden Reformen unterziehen. Was gilt es in diesem Zusammenhang zu tun?

Deutschland ist ein Einwanderungsland, das wissen wir. Dies muss auch Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden haben. Wir brauchen zum Beispiel mehr Migranten innerhalb unserer Sicherheitsbehörden.

Daneben müssen wir die interkulturelle Kompetenz stärken. Dies gilt gerade im Zusammenhang mit der Ausbildung bei der Polizei.

Auch die Einbeziehung der Opferangehörigen muss deutlich verbessert werden.

Letztlich sollte in jedem Fall von Gewaltkriminalität gegenüber Migranten verpflichtend überprüft werden, ob es einen extremistischen bzw. rechtsextremistischen Hintergrund gibt.

Um diesen letzten Punkt zu verdeutlichen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Online-Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 10. Juni 2004 richten. Der Artikel trägt die Überschrift: „Keine Anzeichen für einen terroristischen Hintergrund“. Dies war ein Statement der Kölner Polizei nach etwa 20 Stunden Ermittlung. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily bestätigte diesen verhängnisvollen Irrtum leider.

Was aber richtig war, war die Einschätzung, dass nach der Bauart der Rohrbombe davon auszugehen war, dass der Täter mit einer Vielzahl von Toten gerechnet hat. Glücklicherweise ist es nicht dazu gekommen. Dennoch haben wir heute die traurige Gewissheit, dass sich der Nagelbombenanschlag in eine ganze Serie von perfiden Straftaten einreihen darf.

Wir sind allerdings noch lange nicht fertig mit der Aufarbeitung. Wir müssen weiterhin aufklären: zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland und international, für eine rechtsstaatliche Grundierung und Stärkung unserer Sicherheitsbehörden sowie für den Opferschutz, um eine von Vertrauen getragene Integration wieder und neu voranbringen zu können.

Meine Damen und Herren, wir alle haben die Verantwortung, die bestmöglichen und notwendigen Lehren aus dieser grausamen Verbrechenserie zu ziehen. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Verschiedene Bündnispartner haben sich zusammengetan, um eine große Gedenkveranstaltung als Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu organisieren. Ali Demir sagt – ich zitiere –:

„Die Veranstaltungsreihe kann zu einer historischen Versöhnungsgeste für die Opfer werden und den Zusammenhalt von deutschen und türkischstämmigen Menschen in ganz Deutschland stärken.“

Die Opfer und ihre Angehörigen sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Verletzt, traumatisiert, verdächtigt und alleine gelassen: Viele dieser Menschen haben bis heute keine ihren Bedürfnissen entsprechende Opferberatung erhalten. Die Beratung wird meist nicht in der Muttersprache angeboten. Häufig müssen die Menschen die Kosten selbst übernehmen, weil die Krankenkassen sie nicht bezahlen.

Darüber hinaus beklagen nicht nur Betroffene und deren Anwälte richtigerweise, dass eine voll umfängliche Aufarbeitung der Anschläge fehlt. Das Unterstützernetzwerk hinter der Dreiergruppe ist noch lange nicht vollständig durchleuchtet. Pannen und Aktenvernichtungsaktionen ließen und lassen auch heute vermuten, dass in vielen Bereichen der Wille zur Aufklärung fehlt.

(Beifall von den PIRATEN)

Zehn Jahre sind seit dem abscheulichen Nagelbombenattentat nun vergangen. Gerade läuft der Gerichtsprozess in München. Trotz Untersuchungsausschuss auf Bundesebene sind viele Dinge gerade auch in Nordrhein-Westfalen noch offen und lange nicht geklärt. Da sind zum Beispiel die verdeckten polizeilichen Ermittler in Köln und ihre Aussagen, der Mord an der Polizistin und eigentlich die gesamte Rolle des Verfassungsschutzes. Manche Rätsel rund um den NSU-Sumpf werden wahrscheinlich nie gänzlich gelöst.

Umso wichtiger ist es, Zeichen zu setzen, wie es die Gedenkveranstaltung tut – ein Zeichen, wie es auch unser gemeinsamer Antrag ist. Schade nur, dass die Überprüfung der finanziellen Forderungen letztendlich aus dem Antrag rausgefallen ist. Dementsprechend bin ich froh, dass der Antrag in den Ausschuss überwiesen wird. Vielleicht kann man über diesen Punkt noch mal diskutieren.

Ein weiteres Zeichen der Solidarität wäre es, wenn die Abgeordneten – zum Beispiel die Kölner und/oder die Mitglieder des Integrationsausschusses – gemeinsam mit den Opfern zum NSU-Prozess nach München reisen würden. Die Opferinitiative „Keupstraße ist überall“ übernimmt die Organisation und stellt Busse bereit. Darüber sollten wir im Ausschuss vielleicht noch einmal reden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, über die Hintergründe des Mordanschlages, dieses grässlichen Nagelbombenattentates vom 9. Juni 2004, bei dem 22 Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden, ist genügend berichtet worden – auch über manche Hintergründe.

Ich meine, dieses Attentat galt uns allen, galt all denjenigen, die der Auffassung sind, dass Menschen aus anderen Ländern, aus anderen Kulturen, dass Migrantinnen und Migranten zu diesem Land gehören. Mit diesem Attentat wollte man klarmachen: Ihr gehört hier nicht hin. Für euch gibt es in diesem Land eine große Gefahr.

Ich sage, wir alle sagen – dies wird in dem gemeinsamen Antrag auch dokumentiert –: Nein, diese Menschen gehören zu uns. Sie gehören zum Land Nordrhein-Westfalen. Und wir stellen uns schützend vor sie.

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich ist es mit Gedenken nicht getan. Wir müssen schon politische Konsequenzen ziehen. Ich möchte jetzt nicht die integrationspolitische Arbeit der letzten Jahre, ja Jahrzehnte – mit der rot-grünen Landesregierung hat es ja nicht angefangen, Herr Laschet – Revue passieren lassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass so etwas wie interkulturelle Öffnung, dass so etwas wie verstärkte Einstellung von Migrantinnen und Migranten in die Sicherheitsbehörden zu unserem integrationspolitischen Alltag gehören. Hier sind wir schon ein Stück weitergekommen.

Ich denke, es geht aber auch darum, diese fürchterliche Entwicklung in der Keupstraße zum Anlass zu nehmen, um über integrationspolitische Maßnahmen, die mit unserem Staatsbürgerschaftsrecht zusammenhängen, gemeinsam nachzudenken. Ich hoffe, dass hier in den nächsten Wochen für uns alle akzeptable und integrativ sehr wichtige Themen behandelt werden und Fragen beantwortet werden können.

Meine Damen und Herren, der Nationalsozialistische Untergrund ist nicht tot. Er lebt in unterschiedlichsten Formen. Es ist schon bemerkenswert, dass Todesfälle, bei denen es keine eindeutige Zuordnung zum Rechtsterrorismus gab, verniedlicht und als Kriminalfälle primitiver Art dargestellt wurden. Das muss aufhören! Wir müssen wirklich bei jedem Fall von Gewaltkriminalität genau hinschauen und nachprüfen: Wo sind die Hintergründe? Was können wir tun, um so etwas in Zukunft zu verhindern?

Und dies ist nicht nur eine Angelegenheit mancher Landstriche im Osten unseres Landes. Weit gefehlt! Solche Entwicklungen gibt es auch in unserem Bundesland und in anderen sogenannten alten Bundesländern.

Meine Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich die dargestellten Initiativen vieler Gruppierungen in und um Köln.

Im Übrigen hat die Landesregierung bereits vor Wochen nach Bekanntwerden dieser Vorhaben Kontakt zu den Veranstaltern und der Stadt Köln aufgenommen, um zu prüfen, in welcher Weise die am Pfingstwochenende geplanten Veranstaltungen wirksam unterstützt werden können.

Ich begrüße natürlich auch sehr, dass in diesem Landtag der heutige interfraktionelle Antrag eine deutliche Positionierung beinhaltet und dass wir vielleicht ausgehend von der heutigen Debatte klarmachen: Wir rufen alle in Nordrhein-Westfalen auf, am Pfingstmontag derjenigen zu gedenken, die Opfer dieser Mordanschläge in Köln, aber auch anderswo wurden.

Im Übrigen gibt es im Land Nordrhein-Westfalen schon Gedenkstätten, die sich mit dem Terror der sogenannten Zwickauer Zelle beschäftigen. Ich erinnere nur an die aus meiner Sicht vorbildliche Gedenkstätte in Dortmund, die auch künstlerisch sehr gelungen ist.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir zwischenzeitlich zu der Einsicht gekommen sind, dass die Veranstaltungen am kommenden Pfingsten auch finanziell durch die Landesregierung – wenn auch nicht in einem großartigen Ausmaß – gefördert werden können.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Die Landesregierung wird ihren Beitrag leisten, um auch über diesen Weg die Erinnerung an dieses beschämende Verbrechen wachzuhalten.

Ich bedanke mich für den interfraktionellen Antrag und hoffe, dass wir an Pfingsten in Köln ein deutliches Zeichen gegen Unmenschlichkeit setzen können. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, bzw. weitere Wortbeiträge sind wegen ausgeschöpfter Redezeiten nicht mehr möglich. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags **Drucksache 16/5265 – Neudruck** – an den **Integrationsausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten ein in Tagesordnungspunkt

13 Das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP läuft nordrhein-westfälischen Interessen grundsätzlich zuwider!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5278

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Kollegen Kern das Wort. Bitte sehr.

(Christian Lindner [FDP]: Die AfD ist auch gegen das Freihandelsabkommen!)

Nicolaus Kern (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Es ist nicht ganz einfach, nach diesem schwierigen, etwas nachdenklich machenden Thema wieder zur Tagespolitik überzuleiten. Ich versuche es trotzdem.

Ich möchte auch etwas in die Vergangenheit zurückblicken – wenn auch nicht ganz so weit. Es ist knapp zwei Jahre her, dass das hinter verschlossenen Türen ausgehandelte ACTA-Abkommen am zivilen Widerstand in ganz Europa gescheitert ist.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Nun jedoch sehen wir uns dem nächsten Angriff auf unsere Demokratie in Form eines geplanten Abkommens gegenüber. Es trägt den trügerisch wohlklingenden Namen Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen, kurz: TTIP. Wenn ACTA die Vorhut war, dann ist TTIP die gesamte Armada. TTIP ist hochaktuell; denn jetzt werden die Weichen für Daten-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz für die Zukunft gestellt.

Lassen Sie mich die landespolitische Relevanz an drei Punkten verdeutlichen.

Erstens. Über TTIP sollen sogenannte Investor-Staat-Klagen eingeführt werden. Unternehmen sollen Staaten vor Schiedsgerichten verklagen können, wenn nationale Gesetzgebung ihrer Ansicht nach den Wert ihrer Investitionen mindert. Unter dem Deckmantel des Investorenschutzes wird den Großkonzernen ein Sonderklagerecht eingeräumt. Somit wird ein Einfallstor für milliardenschwere Schadensersatzklagen gegen für Konzerne unbequeme Regelungen auf Bundes- und Landesebene geschaffen.

Schauen Sie sich einfach mal an, wie Vattenfall sich aktuell den Ausstieg aus der Atomenergie vergolden lassen will. So etwas brauchen wir nicht auch noch flächendeckend in unserer Rechtsordnung.

(Beifall von den PIRATEN)